

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich ausser an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Bismarck, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von E. Bismarck u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Mühlgr. 3, Bernstr. 1667. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlgr. 3, Bernstr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961. — Prämienzahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Der Einzugschein in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 3.40 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 3 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mk. Vierteljährlich. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und Illustrierte Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die 7-spaltige Kolonnenzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Westfälischen 1 Mk. Belegungspreis für Seite 429.

Nr. 4.

Magdeburg, Donnerstag den 6. Januar 1910.

21. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten

Die Opfer der Arbeit.

Die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften aus dem Jahre 1908, die erst jetzt dem Reichstag zugestellt sind, haben ein besonderes Interesse deshalb, weil sie zeigen, in welcher Weise die wirtschaftliche Krise die Zahl der Betriebsunfälle beeinflusst hat. Die eine Folge der wirtschaftlichen Krise ist die, daß im Jahre 1908 die Zahl der in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen kleiner als im Vorjahr war, während sonst eine Zunahme eingetreten ist. Die Abnahme sehen wir sowohl in der Zahl der durchschnittlich versicherten Personen: 8 917 772 zu 9 018 867, als auch in der Zahl der sogenannten Vollarbeiter = 300 Arbeitstage: 7 868 531 zu 7 869 421. Dagegen ist die Zahl der in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Betriebe von 673 118 im Vorjahr auf 696 824 gestiegen.

Je weniger Personen von der Versicherung erfasst werden, desto geringer muß auch bei sonst gleichbleibenden Umständen die Zahl der verunglückten Personen sein. Das trifft in der Tat für die Zahl der Verletzten zu, für die im Laufe des Jahres bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften Unfallanzeigen erstattet worden sind. Die Zahl ist von 465 224 im Jahre 1907 auf 461 091 im Jahre 1908 zurückgegangen. Der Rückgang ist sogar etwas größer, als der Rückgang in der Zahl der beschäftigten Vollarbeiter, denn auf 1000 Vollarbeiter kamen im Jahre 1907 noch 59,12 angemeldete Unfälle, dagegen im Jahre 1908 „nur“ noch 58,61.

Die Zahl der Unfälle, die im Laufe des Jahres zum erstenmal Entschädigungen gezahlt worden sind, ist von 75 370 im Jahre 1907 auf 74 581 und von 9,58 pro 1000 beschäftigte Vollarbeiter auf 9,48 gefallen. Hier ist die Abnahme auf 1000 beschäftigte Vollarbeiter nicht ganz so groß wie bei der Zahl der gemeldeten Unfälle. Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle mit tödlichem Ausgang ist von 6078 auf 5939 und von 7,72 pro 1000 Vollarbeiter auf 7,59 gefallen.

Wir haben also nicht nur einen absoluten, sondern auch einen relativen Rückgang, das heißt die Abnahme in der Zahl der Unfälle ist größer, als die Abnahme in der Zahl der beschäftigten Vollarbeiter. Diese an sich erfreuliche Tatsache ist aber zugleich eine dringende Mahnung in bezug auf die Unfallverhütung. Denn sie bestätigt, daß die Hast der Arbeit, wie sie bei gutem Geschäftsgang von den Betriebsleitern gefordert wird, die Gefahren der Arbeit vergrößert, manchen Betriebsunfall verschuldet. Außerdem wirkt offenbar in derselben Richtung der Umstand, daß bei gutem Geschäftsgang gewissenlose Betriebsleiter noch nicht eingearbeitete Arbeiter zu gefährlichen Arbeiten heranziehen. Nur so ist die größere relative Zahl der Unfälle im Jahre 1907 zu erklären.

Beachtenswert sind die Zahlen der verunglückten Arbeiterinnen und Arbeiterkinder. Von den Personen, für die von den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Laufe des Jahres zum erstenmal Entschädigungen gezahlt worden sind, waren 308 Mädchen unter 16 Jahren gegen 278 im Vorjahr, 2499 Knaben unter 16 Jahren gegen 2473 im Vorjahr, 2747 Arbeiterinnen über 16 Jahre gegen 2755 im Vorjahr und 69 027 männliche Arbeiter über 16 Jahre gegen 69 864 im Vorjahr. Wühin ist der Rückgang in der Zahl der Unfälle bei den männlichen Arbeitern über 16 Jahre verhältnismäßig größer, als bei den Arbeiterinnen über 16 Jahre; bei den Kindern aber ist die Zahl der Unfälle sogar größer geworden. Die Zunahme ist wiederum bei den Mädchen größer als bei den Knaben. Das bestätigt die Tatsache, daß manche Betriebsleiter, die unter dem Druck des schlechten Geschäftsganges ihren Betrieb einschränken mußten, möglichst männliche Arbeiter über 16 Jahre entlassen, und Arbeiterinnen und Kinder noch mehr als bisher bei gefährlichen Arbeiten verwendet haben. Dies ist um so wahrscheinlicher, da sich die auffallende Zunahme in der Zahl der verunglückten Arbeiterinnen und Kinder nur in den gewerblichen Berufsgenossenschaften zeigt.

Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften können wir nicht die Zahl der Unfälle mit der Zahl der beschäftigten Arbeiter vergleichen, da letztere nicht genau ermittelt wird. Hier begnügt sich das Reichsversicherungsamt ebenso wie bei den Zahlen der versicherten landwirtschaftlichen Betriebe mit Schätzungen, die an der Hand der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik vom Jahre 1907 vorgenommen worden sind. Danach ist die Zahl der versicherten Betriebe von 4 710 401 im Vorjahr auf 5 434 100 und die Zahl der versicherten Personen von 11,2 Millionen

auf 17,2 Millionen gestiegen. Die große Zunahme wird durch den Hinweis darauf erklärt, daß die früheren Feststellungen auf die Berufszählung gestützt werden mußten, während nunmehr die Betriebszählung auch über das beschäftigte Personal usw. nähere Angaben enthält. Jedoch sind die tatsächlichen Veränderungen vom Jahre 1907 bis zum Jahre 1908 in der Zahl der in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen wahrscheinlich nicht bedeutend. Das muß zur richtigen Würdigung der jetzt folgenden Zahlen beachtet werden.

Die Zahl der angemeldeten Betriebsunfälle ist bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften von 141 975 im Jahre 1907 auf 143 176 gestiegen. Die Zahl der Unfälle, für die im Laufe des Jahres von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zum erstenmal Entschädigungen gezahlt worden sind, ist von 62 673 im Jahre 1907 auf 61 609 gefallen. Die Zahl derjenigen dieser Unfälle aber, die den Tod des Verunglückten zur Folge hatten, ist von 2843 im Jahre 1907 auf 2980 gestiegen. Auffallend ist es, daß die Zahlen sowohl der gemeldeten Unfälle als auch der Unfälle mit tödlichem Ausgang nicht unbedeutend gestiegen sind, während die Zahl der von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften entschädigten Unfälle eine Abnahme aufweist. Die Befürchtung liegt nahe, daß die Abnahme auf die größere — Fingigkeit mancher Berufsgenossenschaften in bezug auf Gründe für die Ablehnung der Entschädigung zurückzuführen ist.

Von den staatlichen Aufsichtsbehörden waren 669 135 Vollarbeiter beschäftigt gegen 662 127 im Vorjahr. Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist von 49 864 im Jahre 1907 auf 52 275 und von 7,81 pro 1000 Vollarbeiter auf 7,82 gestiegen. Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle mit tödlichem Ausgang ist von 4804 im Jahre 1907 auf 5019 und von 7,26 pro 1000 Vollarbeiter auf 7,50 gestiegen. Ebenso ist die Zahl der entschädigten Unfälle mit tödlichem Ausgang von 708 im Vorjahr auf 768 gestiegen.

Von den Provinzial- und Kommunal-Aufsichtsbehörden waren 70 937 Vollarbeiter beschäftigt gegen 67 950 im Vorjahr. Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist von 2770 im Jahre 1907 auf 2781 gestiegen; aber auf 1000 Vollarbeiter kamen nur 39,20 angemeldete Unfälle gegen 40,77 im Vorjahr. Die Zahl der Unfälle, für die im Laufe des Jahres zum erstenmal eine Entschädigung gezahlt worden ist, ist von 509 im Vorjahr auf 507 und von 7,49 pro 1000 Vollarbeiter auf 7,15 gefallen.

Für die Versicherungsanstalten fehlen die Zahlen der versicherten Arbeiter. Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist hier von 3068 auf 2999 und die Zahl der zum erstenmal entschädigten Unfälle ist von 1347 auf 1249 gefallen. Hier handelt es sich um die Regiebauern. Fraglos sind auch bei diesen infolge der schwächeren Bautätigkeit weniger Arbeiter als in dem Vorjahr beschäftigt gewesen. Das erklärt die Abnahme in der Zahl der angemeldeten und der zum erstenmal entschädigten Unfälle.

Im ganzen ist die Zahl der angemeldeten Unfälle von 662 901 im Jahre 1907 auf 662 321 gefallen, die Zahl der Unfälle, für die im laufenden Jahre zum erstenmal Entschädigung gezahlt wurde, ist ebenfalls von 144 703 im Jahre 1907 auf 142 965 herabgegangen. Aus unserer genaueren Betrachtung der Veränderungen in der Industrie, der Landwirtschaft und den Staatsbetrieben ergibt sich aber, daß der Rückgang namentlich dort eingetreten ist, wo die wirtschaftliche Krise eine Abnahme in der Zahl der beschäftigten Personen herbeigeführt hat. Es ist daher zu befürchten, daß der bessere Geschäftsgang uns nicht nur eine größere Zahl versicherter Arbeiter und damit eine absolute Steigerung der Unfallzahlen, sondern auch mit der größeren Hast bei der Arbeit eine relative Zunahme, eine größere Unfallgefahr wieder bringen wird. Dies muß auch den letzten Arbeiter anspornen, alle Kraft einzusetzen, um eine wirksame Unfallverhütung zu erreichen.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 5. Januar 1910.

Die Einmütigkeit der Minister.

Eine preussische Wahlrechtsvorlage kommt! Selbst die „Kreuzzeitung“ nimmt das jetzt als unabänderliche Tatsache hin, indem sie schreibt:

In der ganzen Sache wird die Statistik jetzt wohl ihr letztes Wort gesprochen haben; das Weitere wird der Gesetzgeber zu sagen haben. Wir werden die allem Anschein nach kommende Vorlage... mit gebührendem Respekt und auch mit Vertrauen entgegennehmen und prüfen, freilich ohne vorweg auf sachliche und freimütige Kritik zu verzichten.

Zur Kritik wird aber der „Kreuzzeitung“ Mangel, wie es scheint, nicht allzuviel Anlaß haben. Denn einstweilen wird als einzig sicheres Ergebnis der im Ministerrat sowie zwischen Krone und Ministerpräsidenten gepflogenen Beratungen das „einmütige Festhalten der Minister an der öffentlichen Abstimmung“ in Aussicht gestellt. Das öffentliche Wahlrecht ist eine öffentliche Infamie. Wie die öffentliche Wahl wirkt, hat man ja eben wieder in Rattowitz gesehen. Man zwingt die Beamten, zur Wahl zu gehen, wählen sie aber nicht wie die Vorgesehten wollen, dann werden sie geschurigt, gemäßregelt und strafverurteilt.

Wie die „Germania“ mitzuteilen weiß, hatten vier gemäßregelte Lehrer in Rattowitz in einer Audienz beim Regierungspräsidenten geltend gemacht, daß sie nach einer Lokalitätsklärung der beiden polnischen Kandidaten diese für weniger staatsgefährlich gehalten hätten, als die Liberalen. Und was erhielten sie darauf zur Antwort? Der Herr Präsident sagte, nach dem Berichte des Zentrumsblattes, wörtlich: „Sie mußten den Kreisinspektor fragen, wie Sie wählen sollten.“

Also der Kreisinspektor, der Landrat, der Gemeindevorsteher haben zu bestimmen, wie gewählt werden soll, und „wer nicht pariert, der fliegt“. Das ist das System der öffentlichen Abstimmung, und wenn die preussischen Minister an diesem System festhalten, einmütig festhalten, so — sieht ihnen das ähnlich!

Ob es aber dem preussischen Volk ähnlich sieht, sich eine solche Wirtschaft gefallen zu lassen, das wird sich erst herausstellen müssen. Daß preussische Regierungssitten in etwas vorgeschrittenen Regierkolonien noch möglich sind, macht mir bezweifeln. Wie ist dieser Antrag aus dem Preußen möglich sein? —

Nationalliberale Zeitungswelt.

Die Nachricht, daß die Berliner alldeutsch-antisemitische „Tägliche Rundschau“ aus dem Besitz des Bibliographischen Instituts in Leipzig in den Besitz der nationalliberalen Partei übergegangen sei, hat sich zunächst noch nicht als richtig erwiesen, doch steht fest, daß Verkaufshandlungen schweben. Das nationalliberale Zentralbureau bestätigt den „Mündner Neuesten Nachrichten“ schriftlich, daß es die Erwerbung jenes Blattes ins Auge gefaßt habe.

Der schlechteste, kaum noch zu verhüllende Bankrott des bisherigen Berliner Organs der nationalliberalen Partei, der „National-Zeitung“ wird damit offen zugegeben, und es ist anzunehmen, daß der unruhlichen Existenz dieses herabgekommenen Zeitungsunternehmens demnächst ein schmerzloses Ende bereitet werden wird. Die „National-Zeitung“, die als ausgehaltener Ableger der von Scharrinmachern ausgehaltenen freikonservativen „Post“ dahingevegetiert, ist in der letzten Zeit, wie glaubhaft berichtet wird, nur mehr 700 bis 800 Exemplare tägliche Auflage gehabt haben. Sie konnte sich nur dadurch mühselig über Wasser halten, daß sie zur „Post“ ins Ausgedinge ging. Auch die „Post“ ist ein Blatt ohne Verbreitung. Sie lebt von einem verächtlichen Bettel, der so betrieben wird, daß man reiche Unternehmer mit Hinweis auf die gute Einnahme des Blattes veranlaßt, das Blatt in zahllosen Exemplaren zu Manufakturzwecken zu abonnieren.

Es ist also sehr begreiflich, daß die nationalliberale Partei mit ihrem Berliner Organ nicht in dieser Weise bleiben will. Die „Tägliche Rundschau“ wäre für sie keine üble Erwerbung. Denn dieses Blatt hat sich durch seine zahlreichen Mitarbeiter, die ihm vom Bibliographischen Verlag her zur Verfügung standen, und durch eine geschickte Redaktion einen nicht unbedeutenden Leserkreis zu erwerben vermocht. Offiziere und Beamte, namentlich Oberlehrer gehören zu seinen wichtigsten Kunden. Die Politik des Flottenvereins unter der alten wilden Leitung, die Bestrebungen des Alldeutschen Verbandes und des Evangelischen Bundes haben in der „Täglichen Rundschau“ seit je eine journalistisch gemachte Vertretung gefunden. Dazu trat dann eine ausgiebige Portion antisemitischer Gesinnung, die sich in recht geschmacklosen Neukerungen breitmachen durfte. Neben Engländern, Franzosen und Juden gilt der Kampf der „Täglichen Rundschau“ natürlich auch der Sozialdemokratie, die in einem ziemlich platten Ullstil bewußt wird.

Politisch ist also das Blatt in seiner heutigen Gestalt nicht ernst zu nehmen, und gar von „Liberalismus“, sei es auch nur in der dünnsten Verdünnung, kann schon gar keine Rede sein. Nun verdankt die „Tägliche Rundschau“ aber gerade ihrem Mangel an politischem Ernst, ihrem Familienblatt- und Dorfbarbiertum ihren Erfolg in sogenannten „intellektuellen“ Kreisen. Mit dem nationalliberalen Ernst, der mit einer gewissen ledernen Stöckigkeit ver-

hunden zu sein pflegt, würde auch im Hause der „Täglichen Rundschau“ der Leserfreund beginnen.

Für ein nationalliberales Organ fehlt in Berlin das Massenpublikum, die Bevölkerung ist radikal gesinnt, sie läßt sich gegen den unparteiischen Scherl mehr und mehr abfallen und wendet sich den Blättern zu, die links vom offiziellen Freisinn stehen. Nur solche Blätter erzielen Massenaufgaben.

Der allmächtige Landrat.

Von den Machtbefugnissen eines preussischen Landrats erhält man einen Begriff, wenn man einen Blick auf Vorkommnisse im Kreisstag des pommerschen Kreises Grimmen wirft. Das dortige Kreisblatt berichtet über den Schluß des Kreisstags zunächst, wie die „Liberale Korrespondenz“ feststellt, mit den Worten: „Der Etat wird trotz statlicher Ueberschreitungen genehmigt.“ Wie hoch diese Ueberschreitungen sind, oder auch nur wie hoch der Etat selbst ist, davon sagt das Organ des Herrn Landrats nichts, dagegen schreibt es:

Nachdem die Tagesordnung erledigt, teilte der Vorsitzende mit, daß die beantragten Provinzialbeihilfen für die Chausseen von Sieberitzhagen nach Schönevalde und von Vorland nach Melentin nicht bewilligt seien. Mit dem Vorschlag, trotzdem sofort mit dem Bau der beiden Chausseen zu beginnen und über die Aufbringung der noch fehlenden Baukosten später zu beschließen, erklärte die Versammlung sich einverstanden. Nach beendeter Sitzung fand im Hotel „Deutsches Haus“ ein gemeinsames Mittagessen statt.

Dieses Verfahren ist von einer beneidenswerten Kürze und es wird noch etwas pikant dadurch, daß eine der Straßen, die nun „noch gebaut“ werden, auf dem Gute Schönevalde endet, dessen Besitzer Kreisdeputierter ist. Wenn der Landrat will, geht eben alles.

Das mißlungene Schachergeschäft.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ behandelt den Kandidatenzwist in Eisenach, um den Beweis zu führen, daß an dem Zerwürfnis die Freisinnigen schuld sind. Es wird da erzählt:

Die hiesige freisinnige Parteileitung forderte die Ueberlassung eines Landtagsmandats für ihren Herrn Kühner. Obwohl die Wahlvorbereitungen für einen nationalliberalen Kandidaten bereits getroffen, die Nominierung der Kandidaten erfolgt und die Wahlarbeit bereits begonnen war, versuchten wir auch Erfüllung dieses Wunsches. Es gelang unsern Bemühungen nicht. Danach forderte die freisinnige Parteileitung die Zusage der Meininger Nationalliberalen, 1912 wieder für einen freisinnigen Reichstagskandidaten einzutreten, und wir konnten zu unserer Freude diese Zusage von unsern Meininger Parteifreunden erhalten. Gleichzeitig empfahlen uns diese Herren Schlichter's Krug aus Obermaßfeld, einen nationalliberalen Abgeordneten des meiningischen Landtags, als vorzüglichsten gemeinsamen Kandidaten, der, was uns bei unsern Einigungsbestrebungen besonders wertvoll erscheinen mußte, von dem freisinnigen Reichstagsabgeordneten Müller (Meiningen) warm empfohlen war.

Die warme Empfehlung des Bündlers Krug durch den Reichstagsabgeordneten Müller (Meiningen) ist also auf die Sorge zurückzuführen. Gleichwohl ist Krug von den Mitgliedern des freisinnigen Vereins abgelehnt worden.

Ein Gesetz über elektrische Starkstromleitungen.

Ueber ein in der Vorbereitung begriffenes Starkstromwege-Gesetz, das Bestimmungen über die Wege regeln soll, die Starkstromleitungen bei ihrer Durchführung nehmen können, erzählt die „Zit.“ folgendes:

Eine Eingabe des Verbandes deutscher Elektrotechniker an das Reichsamt des Innern trat für die Ausarbeitung eines Starkstromwege-Gesetzes ein, wobei gleichzeitig ein ausgearbeiteter Gesetzesentwurf überreicht wurde, der sich sehr nahe an das bekannte Telegraphenwege-Gesetz anlehnt. Die Reichsregierung hat daraufhin die Anregung zu einem Vorgehen der preussischen Ressorts gegeben, die die Provinzialbehörden beauftragt haben, entsprechende eingehende Erhebungen hinsichtlich und Besprechungen mit den in Betracht kommenden Interessenten usw. vorzunehmen. Nach Lage der Dinge wird aber nicht zu erwarten sein, daß der eingereichte Entwurf für die neue Gesetzesgestaltung maßgebend sein wird. Es sind noch wesentlich andre Gesichtspunkte, darunter auch solche militärischer Art, zu berücksichtigen, die die gesetzgeberischen Bestimmungen komplizieren und besondere Erwägungen erfordern, so daß aus diesen Gründen nur eine entsprechende Uebertragung der Bestimmungen des Telegraphenwege-Gesetzes auf ein neues Starkstromwege-Gesetz nicht angingig erscheint.

Zu erwähnen wäre noch, daß gesetzliche Bestimmungen über Starkstromanlagen bereits in der Schweiz, Frankreich und Italien bestehen. In Oesterreich-Ungarn ist ein Gesetzesentwurf in Vorbereitung, der sich gleichfalls mit dieser Materie beschäftigt.

Die staatsgefährliche Jugend.

Am Sonntag fand in Breslau eine vom Jugendbund ausgearbeitete öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Müller über Ziele und Ziele der Arbeiter-Jugendbewegung sprach. Obwohl die Versammlung keine politische Veranstaltung war, und als solche auch nicht bekanntgemacht worden war, hielt es die Breslauer Polizei doch für erforderlich, die Versammlung als eine politische zu betrachten.

Der Einspruch des Unternehmers gegen diese Bevormundung und der Hinweis auf das Reichsvereinsgesetz, wonach Jugendliche in politischen Versammlungen nicht anwesend sein dürfen, fand vor den Augen des überwachenden Kommissars keine Gnade. Ausdrücklich erklärte dieser, daß er Befehl vom Präsidium habe, die Versammlung der Jugendlichen ganz zu „belegen“ zu lassen wie jede große politische Versammlung. Außerdem wies der Kommissar noch darauf hin, daß ein 20 Mann starkes Wachungsgebot für den Saal ausgesprochen sei.

Die Versammlung nahm, nachdem das Verhalten der Polizei gehörig gezeugt worden war, ihren normalen Verlauf. Es wird aber Beschwerde erhoben werden.

Protest gegen die Dernburger.

Die Diamantensunde in Südwestafrika haben die Begehrlichkeit weiter Kreise geweckt. Die Kolonialgesellschaft sieht an der Quelle. Ihr war es ein leichtes, sich schleunigst eine Reihe Sonderrechte verschaffen zu lassen. Die Anstiebler fühlten sich dadurch in ihren Profitaussichten zurückgesetzt und häuften nun Protest auf Protest.

In einer von mehr als 500 Personen besuchten Bürgerversammlung in Lüderich bücht, die am 1. Dezember tagte, verurteilte es der Referent, ein Hauptmann der Landwehr, namens Weiß, daß auch die Pioniere, die die Diamantfelder aufgedeckt haben, zu kurz gekommen sind. Die Anstiebler verlangten in einer an den Reichstag abgeschickten Resolution die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Prüfung der Gründungen der Dernburgischen Diamantgesellschaft und der Vorverhandlungen, welche zu Vertragsabschlüssen geführt haben, und namentlich, daß der Vertrag mit der Deutschen Diamantgesellschaft über den 31. März 1911 hinaus nur unter günstigeren Bedingungen für den Landesfiskus verlängert werden darf, nachdem die zuständigen Dienststellen im Schutzgebiet und der Landesrat befragt worden sind und die Bedingungen annehmbar gefunden haben.

Deutschland.

Noch eine „Affäre“ für das Auswärtige Amt. Herr v. Schöen hat diesmal bei Beratung seines Staats im Reichstag Arbeit in Hülle und Fülle. Zu den Angelegenheiten Mannesmann und Haß, zu dem Schicksal deutscher Auswanderer in Brasilien kommt nun auch noch der Fall des Dr. Zintgraf, der einige Zeit in diplomatischer Aktion am Hofe des Kaisers von Mexiko war. Er beauptet, von der Kaiserin verdrängt worden zu sein, deren Vertraute den Kaiser mit Gift „behandelten“. Als er abberufen und nach Kairo versetzt wurde, verzögerte er seine Abreise mit der Behauptung, daß er unterwegs umgebracht werden solle. Schließlich kam er aber doch mit heiler Haut in Kairo an und ist jetzt auf dem Wege nach Berlin, um sein Material dem Auswärtigen Amt zu unterbreiten.

Die große Säge. Unmittelbar nach dem Neujahrsempfang der kommandierenden Generale beim Kaiser hat der kommandierende des 15. Armeekorps, General der Infanterie Hentschel von Gilsenheimb, sein Abschiedsgesuch eingereicht. Auch der Gouverneur von Straßburg, General von Wöhrer, tritt in den Ruhestand. Kosten für die Steuerzahler sind 20 000 Mark pro Jahr.

Die Postkonferenz. Am 7. Januar tritt im Reichspostamt der Beirat zusammen, den sich Herr Krause selbst gegeben hat. Dem Handel gehören sieben, der Industrie sechs, den Handwerkern fünf, der Agrarier berührt werden, weshalb auch sechs Landwirte dem Beirat angehören, darunter Freiherr von Wangenheim.

Der galizische Boykott gegen preussische Waren. Der österreichische Justizminister hat von den Oberstaatsanwälten in Lemberg und Krakau Berichte über den in Galizien gegen preussische Waren gerichteten Boykott verlangt und den Auftrag erteilt, gegen diese Boykottbewegung energig einzuschreiten. Dieser Ministerialerlaß wurde auch den Polizeibehörden Galiziens mitgeteilt. Die polnische Presse verlangt schleunigst Zurückziehung dieses zugunsten preussischer Waren ergangenen Erlasses.

Aus der Parteibühne.

Sein 20. Stiftungsfest konnte am Jahrestage der Sozialdemokratische Verein Breslau Ost und West feiern. Der Verein hat eine reich bewegte Vergangenheit hinter sich und es ist überflüssig, zu bemerken, daß er es bei dem bekannnten „schwarzen Binde“, der in Breslau weht, nicht leicht gehabt hat, vorwärts zu kommen. Das Sozialistengesetz fiel zwar bald nachdem, als 1890 der Verein gegründet wurde, aber der Geist dieses Schandgesetzes blieb und beherrschte noch heute die Gegner der Breslauer Sozialdemokratie. Trotz alledem — oder gerade deswegen? — kann das Geburtsfest auf solche Erfolge zurückzuführen: 450 Mitglieder waren im 1. Jahre, 600 im 3. vorhanden, nach 15 Jahren waren es 2300 und in den letzten 4 Jahren stieg die Mitgliederzahl sogar noch, nachdem 1500 Mitglieder an den selbständig gewordenen Landkreisen abgetreten waren, auf 7200! Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei den Reichstagswahlen stieg in derselben Zeit von 15 000 auf jetzt 38 000 Stimmen, die Zahl der Abonnenten des Parteiblattes, der „Volkswacht“, stieg von 2000 auf 33 500! Auch bei den Landtagswahlen und Stabsordnenwahlen reichte sich Erfolg an Erfolg: 1898, bei der erstmaligen Beteiligung an den Landtagswahlen, brachte es unter Partei in Breslau auf 88 Wahlmänner, 1900 (Ergänzungswahl) auf 101, 1903 auf 225 und 1907 gar auf 333 Wahlmänner und 16375 Stimmen. Bei den Stabsordnenwahlen im letzten Jahre errangen wir vier neue Mandate und mehrere tausend neue Anhänger. Alle Redaktionen, alle Gewerkschaften, alle Jugendvereine und Volksvereine haben nicht verstanden können, daß der Verein ein Machtfaktor geworden ist, mit dem jeder Gegner ernstlich rechnen muß. Allein die Polizeibehörde auf dem Striegauer Platz und die abgehandelte Hand brachten uns 2000 neue Abonnenten und fast ebenso viele neue Mitglieder! — Interessant ist, daß noch einige dreißig Genossen an dem feste teilnehmen konnten, die während der ganzen 20 Jahre, in guten wie in bösen Tagen, treu zum Verein gehalten haben.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 5. Januar 1910.

Erhebungen über die Arbeitszeit im Binnen-schiffahrtsgewerbe.

Ueber die Dauer der im Binnenschiffahrtsgewerbe üblichen täglichen Arbeitszeit sowie über die Aufhepaußen hatte das reichsstatistische Amt früher schon einmal Erhebungen gemacht, und die Ergebnisse im Frühjahr 1907 veröffentlicht. Durch die damaligen Erhebungen wurde festgestellt, daß die Arbeitszeit im Winter auf den Jahren 10, 12, 14, 16 bis 18 Stunden betrug. Die Verhältnisse auf den Dampfschiffen waren nicht besser. Nach schärferem sind die auf Segelschiffen Beschäftigten gestellt. Es wurde dort auf 168 Schiffe (also 12 Prozent) mit 337 beschäftigten Personen mehrjährig eine ununterbrochene Arbeitsdauer von 24 Stunden festgesetzt. Von den hieran betroffenen Personen fanden 30 im Alter von 16 Jahren.

Dieser von etwas mehr als 2 Jahren erfolgten Veröffentlichung ist jetzt eine zweite gefolgt, worin die Ergebnisse einer bei den hier in Betracht kommenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen veranstalteten Umfrage über die Verhältnisse, die die oben geschilderte lange Arbeitszeit mit sich bringt, niedergelegt sind und die Frage beantwortet wird, ob eine Regelung der Arbeitszeit geboten erscheint. Die Antworten sind so ausgefallen, wie voranzujehen war. Die Unternehmer haben die Frage, ob sich aus der langen Arbeitszeit Nutzen ergeben, im allgemeinen bejaht, die Arbeiter haben sie bejaht. Insgesamt haben 97 Arbeitgeber-Organisationen mit 623 Mitgliedern das Vorhandensein dauernder nachteiliger Folgen für die Gesundheit der Arbeiter infolge der langen Arbeitszeit verneint, während 21 Arbeitgeber-Organisationen mit 2191 Mitgliedern sich auf den entgegengegesetzten Standpunkt gestellt und die Frage mit Ja beantwortet haben.

Von den Arbeitnehmer-Organisationen haben 89 Organisationen mit 20 385 Mitgliedern eine dauernde Schädigung der Gesundheit der Arbeiter durch die lange Arbeitszeit angenommen, während 19 Arbeitnehmer-Organisationen mit der allerdings geringen Mitgliederzahl von 720 die Frage verneint haben. Die Denkschrift vom Jahre 1907 weiß über diese Organisationen zu berichten, daß die Arbeitnehmer die Verantwortung der Fragebogen vielfach den Schiffsführern überlassen haben, weil die Arbeiter in solchen Dingen zu gleichgültig und zu ungewandt seien. Allerdings sind auch ein paar reine Arbeiter-Organisationen unter den 19 Nennungen. Wie wenig Bedeutung ihrem Urteil jedoch beizumessen ist, geht aus der geringen Mitgliederzahl hervor.

Als dauernd nachteilige gesundheitliche Folgen sind beobachtet worden: In 46 Fällen Rheumatismus, in 80 Nervenleiden, in 28 Augenleiden, in 28 Lungenkrankheiten, in 14 Lypthos, in 8 Fällen Nierenleiden, in Einzelfällen außerdem Herzkrankheiten, Nahrung, Erschlaffung der Muskeln usw. Selbstverständlich lassen die Unternehmer-Organisationen diese Behauptungen nicht gelten. Und wenn sie die Tatsachen der zahlreichen Erkrankungen auch nicht bestreiten können, so versuchen sie doch den Grund nicht auf die lange Arbeitszeit, sondern auf noch unauflösbare und unbekannte Ursachen zurückzuführen.

Ferner war den Organisationen der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer folgende Frage vorgelegt worden: „Erscheint es erforderlich und durchführbar, über die Dauer der täglichen Arbeitszeit, einschließend der Nebenarbeiten, Vorschriften zu erlassen?“ Trotz der vielen offenkundigen durch die lange Arbeitszeit verschuldeten Erkrankungen des Schiffspersonals sprachen sich 86 Unternehmer-Organisationen mit 6011 Mitgliedern gegen jede gesetzliche Regelung der Arbeitszeit aus. Eine Organisation mit 24 Mitgliedern macht keine Angabe, während 31 Organisationen mit 1779 Mitgliedern solche Vorschriften für erforderlich und durchführbar erachten. Von diesen halten 28 die Vorschriften für das ganze Jahr und 3 nur für den Sommer erforderlich. Die Festsetzung einer ununterbrochenen täglichen Mindestarbeitszeit wird von 6 Organisationen mit 179 Mitgliedern für durchführbar und im Gegensatz hierzu von 24 Organisationen mit 1561 Mitgliedern für durchführbar erklärt.

Von den Arbeiter-Organisationen hielten 76 mit 20 783 Mitgliedern eine Regelung für notwendig und durchführbar, während 12 mit 322 Mitgliedern einen entgegengegesetzten Standpunkt einnahmen. Auch die Beantwortung der weiter gestellten Frage über die Durchführung der Sonntagsruhe resp. über Einführung bestimmter Freitage für das Schiffspersonal ist in derselben Weise erfolgt wie bei den vorstehend geschilderten Fragen. Die erbetene Mehrheit der Unternehmer-Organisationen hält eine Sonntagsruhe für undurchführbar, während auf der andern Seite die Arbeiter mit den genannten wenigen Ausnahmen den entgegengegesetzten Standpunkt vertreten.

Bedauerlich ist es, daß die Erhebungen nicht auch auf die Lohnverhältnisse ausgedehnt worden sind. Es würde dann festgestellt worden sein, daß die Schiffsmannschaften zu der übermäßig langen Arbeitszeit, zu allen Unannehmlichkeiten ihres Berufs auch noch miserabel entlohnt werden. Dabei würden wir auch bestätigt finden, daß, weil der organisierte Widerstand der Arbeiter gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitals fehlt, solche Arbeitsverhältnisse nur möglich sind.

— Tariffindigung. Die Geldschrankfabrik von F. Purzel ist im Mai des vergangenen Jahres in den Besitz eines Herrn Dietrich übergegangen. Seit dieser Zeit ist es wiederholt zu Auseinandersetzungen wegen der Auslegung des im April 1907 abgeschlossenen Tarifvertrags gekommen. Scheinbar müßten nach der Auffassung des Inhabers die Akkordpreise derart reduziert werden, daß der vertraglich festgelegte Stundenlohn der einzelnen Schlosser nicht mehr zu erreichen ist. Infolgedessen auch die Möglichkeit der Garantie des Stundenlohns entfällt. Natürlich beantragte Herr Dietrich die Aufhebung des Tarifvertrags. Herr Dietrich hat nun den Bescheid am 25. Dezember durch seine Anwälte Forderungen lassen, obwohl er bis zum 1. März d. J. dazu Zeit hatte. Die Schlosser werden sich natürlich gegen die Forderung ihres bisherigen Verdienstes mit aller Energie wehren und sich dabei auf ihre Organisation, den Deutschen Metallarbeiterverband, verlassen können. Es müßte übrigens fonderbar an die Verdienste der Schlosser für die mangelnde Konkurrenzfähigkeit verantwortlich zu machen. Denn diese bei schwerer Arbeit erzielten Akkordverdienste müßten noch aufgebessert werden; desgleichen die bisher gezahlten Stundenlöhne. Will Herr Dietrich und seine unverantwortlichen Ratgeber das Unternehmen rentabler gestalten, dann muß er sein Augenmerk zunächst auf die Unproduktivitäten richten, die das Konto nicht unbedeutend belasten. Es wäre auch angebracht, den Kreis der Abnehmer durch gute, der Reuzzeit entsprechende Arbeit zu erweitern; nennenswerte Neuerungen im Schrankbau sind nach glaubhaften Versicherungen seit einer Reihe von Jahren überhaupt nicht mehr zu verzeichnen. Die Ursachen mangelnder Rentabilität liegen also nicht bei der fleißigen Arbeit der Akkordschlosser, sondern auf ganz andern Gebieten. Oder will es Herr Dietrich einmal mit den in übergroßer Zahl vorhandenen Lehrlingen allein versuchen? Herr Dietrich mag sich seine Maßnahmen recht eingehend überlegen. Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bringen schwere wirtschaftliche Schäden und das Schicksal des Herrn Guffroy (Sommermeisters ehemaliger Nachfolger) wünschen die Arbeiter ihm schon deshalb nicht, weil auch sie ein Interesse an der Ausdehnung der Magdeburger Industrie haben.

— Die Sitzungen des hiesigen Gewerbegerichts werden im Jahre 1910 Montags im Sitzungszimmer des Gewerbegerichts (Bei der Hauptwache 4/6, Zimmer 12) abgehalten werden.

— Neuer Straßennamen. Der Polizeipräsident macht bekannt, daß auf Vorschlag des Magistrats dem Teile der Straße O zwischen der Halberstädter Straße und der Straße Am Fuchsberg der Name Wismanstraße beigelegt worden ist.

— Baugenehmigungen. In der zweiten Hälfte des Dezember sind von der städtischen Polizeiverwaltung 52 Baugenehmigungen erteilt worden. An größern Bauten befinden sich darunter: ein Vorderhaus mit Seitenflügel Endelstraße 26, ein Vorderwohnhäuser an Straße 12b, ein Bäcker- und Fleischergebäude an der Schmidtstraße 5 und 6, drei Vorderwohnhäuser an der Gartenbergstraße, Papenstraße und Trojer Straße, vier weitere Vorderwohnhäuser an der Weberstraße, Schönebender Straße 94, an der Hanfstraße und an der Schwelstraße. Die übrigen Genehmigungen betreffen bauliche Veränderungen.

— Zum Fall Eichler wider Bergen. Wir werden von Herrn Otto Eichler um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht: „In einer von mir gegen den Kriminalkommissar Bergen angestellten Privatklage erfahre ich nach meiner Rückkehr, daß hiesige Zeitungen Berichte über eine Hauptverhandlung gebracht haben und ebenso noch Sonderberichte, welche auf Veranlassung des Angeklagten und dessen Verteidigers, Herrn Rechtsanwalt Pistorius, erschienen sind. Auf diese Artikel sind meine Herren Rechtsbeistände aus allgemeinem bekannten Grundregeln und Gepflogenheiten mit einer Entgegnung nicht hervorgetreten. Auch ich erwidere auf diese gemachten Berichte nur, daß ich auf eine Zeitungspolemik nicht eingeleite, sondern beschränke mich nur darauf, festzustellen, daß die Berichte den bisherigen Gang der Verhandlungen wesentlich entstellend wiedergegeben haben. Im übrigen muß es von zwei rechtskundigen Seiten, wie der Angeklagte und sein Verteidiger es sind, höchst auffällig und mehr als merkwürdig erscheinen, durch die Presse ein schwebendes Verfahren beeinflussen zu wollen. Jedenfalls aber werden der Angeklagte und sein Verteidiger sehr bald erkennen, daß sie klüger gehandelt hätten, zu schweigen. Das mir zugegangene Material und meine weiteren Beweismittel sind bereit.“

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 4.

Magdeburg, Donnerstag den 6. Januar 1910.

21. Jahrgang.

Preussischer Parteitag.

Nachdruck verboten.

O. B. Berlin, 4. Januar 1910.

Die Debatte über das

Kommunalprogramm

wird fortgesetzt.

Herle (Marmen) beantragt, den Passus gegen die Gewerbesteuer zu streichen. Weiter beantragt er zu streichen den Satz, daß gegen mäßige Ueberschüsse aus kommunalen Betrieben nichts einzuwenden sei. Damit soll nicht gesagt sein, daß Ueberschüsse überhaupt nicht erzielt werden sollen. Es soll vielmehr der Vernunft der Gemeindevertreter überlassen bleiben, die jeweiligen Preisfestsetzungen vorzunehmen. Wasser müßte aus hygienischen Gründen unter dem Selbstkostenpreis abgegeben werden.

Leinert (Hannover): Ich halte es nicht für richtig, wenn wir uns prinzipiell gegen die Gewerbesteuer aussprechen. Selbstverständlich sollen die Minderbemittelten von der Gewerbesteuer befreit sein. Aber den Kapitalbesitz in Gestalt von Fabriken und Anlagen sollten wir besteuern. Es gibt Städte, in denen die Gewerbesteuern geradezu das Rückgrat ihres Etats bilden. Wir haben keine Veranlassung, den großen Aktiengesellschaften irgendwelche Geschenke zu machen.

Grosche (Berlin 2): In vielen Gemeinden ist die Armenpflege noch absolut unzureichend und eine staatliche Regelung des gesamten Armenwesens ist deshalb notwendig. Die Institution der Generalvormundschaft ist ungewöhnlich.

Risse (Mumund): Wünschenswert wäre die Abfassung eines Kommentars zum Gemeindeprogramm, der dieses in populärer Weise zu erläutern hätte. Auch ich bin für die Beibehaltung der Gewerbesteuer, die in meiner Gemeinde 40 Prozent der gesamten Steuern einbringt. Wir müssen vielmehr die gewerblichen Großbetriebe immer mehr zur Besteuerung heranziehen.

Schulz (Wilhelmshaven): Auch ich teile die Bedenken der Redner gegen die Beseitigung der Gewerbesteuer. Die Forderung nach der Anstellung von Schulärzten sollten wir nicht an die Gemeinde, sondern an den Staat stellen. Der Schularzt soll auch im Schulvorstand sitzen.

Brandes (Magdeburg):

Ich stehe auf dem Standpunkt des Genossen Singer, daß eine ganze Reihe von Fragen nicht im Programm festgelegt werden kann, sondern dem Tatgefühl der Parteigenossen überlassen werden muß. Dazu gehört auch die freie Arztwahl, die wir nachträglich in den zweiten Entwurf hineinbeifügen haben. Ich stehe da auf einem andern Standpunkt als der Genosse Silberstein. Wir haben früher in der freien Arztwahl einen idealen Zustand gesehen, sind aber immer mehr davon abgekommen. Es hat sich herausgestellt, daß die freie Arztwahl nicht ein idealer Zustand für die Kranken, sondern für die Ärzte geworden ist. Deswegen müssen wir uns auch in der Armenpflege, so tragend, wie die Ärzte für die ärztliche Versorgung würden sich sonst bedeutend steigern und in der Folge die Unterstützungen an die Armen zurückgehen. Wir müssen die Forderung auch mit Rücksicht auf die Reichsversicherungsordnung aus dem Programm herauslassen. Sie wissen, daß Staatssekretär Delbrück den Ärzten bei der Versicherungsordnung gerade in bezug auf die freie Arztwahl Konzessionen machen will, und auf der andern Seite stehen die Vertreter der Versicherten in ihrer großen Mehrheit auf dem Standpunkt, daß das nicht geschehen darf. Wenn Sie die Forderung hier in das Programm aufnehmen, würden dadurch all den Parteigenossen, die in der Krankenversicherung tätig sind, die größten Schwierigkeiten bereitet werden. Ueberlassen Sie es auch hier dem Tatgefühl des einzelnen, was er für seine Gemeinde für notwendig hält. Im übrigen verspreche ich mir nichts davon, daß der ganze Entwurf nochmals an eine Kommission geht und von neuem in den nächsten 2 Jahren bearbeitet wird.

Krenzer (Solingen): Die Debatte hat so viele Mängel des Programmtextes zutage treten lassen, daß es das Beste wäre, ihn der Kommission zurückzugeben und die ganze Angelegenheit auf 2 Jahre zu vertagen. Die Gewerbesteuer dürfen wir auf keinen Fall prinzipiell ablehnen. Auch über die Unterstützung der Baugenossenschaften müssen bestimmte Festsetzungen getroffen werden. Es ist vorzuziehen, daß unsere Genossen an Baugenossenschaften Darlehen gewährt haben, die dem Wohnungselend nicht entgegengehandelt, sondern die es für sich ausgebeutet haben.

Rönig (Dortmund): Besonders die großen Industriegemeinden des Bestens haben für Verbesserungen auf kommunalpolitischen Gebiet ungeheure Ausgaben gehabt. Zur Deckung dieser Ausgaben ist die Gewerbesteuer nicht zu entbehren. Man würde es im Lande nicht verstehen, wenn wir uns für die Beseitigung der Gewerbesteuer erklären würden. Woher wollen wir denn das Geld nehmen? Ich bin sogar für eine progressive Steigerung der Gewerbesteuer, damit wir die Großkapitalisten so hoch als möglich heranziehen können.

Hiele (Halle): Bei der großen Abneigung gegen eine Kommission ziehe ich meinen gestrigen Antrag zurück. Das Abzugsrecht auf Wald, Weide oder Weide wird in vielen Gemeinden häufig noch von einzelnen Personen in Anspruch genommen, während der Gemeinde zusteht. Es besteht da noch so ungeheure Schädigungen, daß wir uns die Dinge einmal gründlich betrachten müssen. Wir müssen durch die Unterjochung der ländlichen Kommunalverhältnisse direkt in das Geheimtabor der Junker hineingeführt werden. Wir treffen da auf die traurigsten Kapitel des dunkelsten Preußens und werden da ein umfassendes Material zur Belebung der Agitation bekommen. „Greif nur hinein ins volle Preußenleben, und wo du's packst, da faßt du in den Dreck!“ (Heiterkeit und Weisfall.)

Adler (Kiel): Die Arbeit der Kommission ist keineswegs nur auf Groß-Berlin zugeschnitten, sondern berücksichtigt die Interessen der Nichtberliner in gleicher Weise. Bei der Frage der Ueberschüsse mögen die Genossen immer bedenken, daß die Städte eine Reihe von Betrieben über Wasser halten müssen, die die Gesamtheit unbedingt braucht. Es wäre daher ein Fehler, die Erträge aus den Betrieben, die nur einzelnen Gruppen zugute kommen, zu schmälern. Wir sind natürlich prinzipiell gegen jeden Zensus. Da wir aber in Schleswig-Holstein unter der gegenwärtigen Gesetzgebung nun einmal an den Zensus gebunden sind, verlangen wir die Herabsetzung wenigstens auf das gesetzliche Mindestmaß.

Soffmann (Wielefeld): In den kleinen Gemeinden ist es meist am schwierigsten, die Tätigkeit eines sozialdemokratischen Gemeindevertreters immer in Uebereinstimmung mit dem Programm durchzuführen. Besondere Schwierigkeiten macht das Finanzwesen. Wir müssen natürlich auch in den Kommunen zur Durchführung bringen, was im allgemeinen sozialdemokratischen

Programm verkündet wird, nämlich die Abschaffung aller indirekten Steuern. Wer es herrscht ja eben über den Begriff der indirekten Steuern eine gewisse Unklarheit. Selbst die Wertzuwachssteuer hat man eine indirekte Steuer genannt. Dagegen ist die Gewerbesteuer nicht ohne weiteres eine direkte Steuer. Man kann zwar nicht nachweisen, wie sie abgewälzt wird, sicher aber trägt sie nicht immer der, von dem sie erhoben wird. Das gleiche gilt für die Umsatzsteuer, die ich nicht in unser Programm aufgenommen haben möchte.

Lingen Baumann (Mtona): Die soziale

Fürsorge für Mutter und Kind,

die heute vollkommen in den Händen der privaten Wohltätigkeit liegt, ist absolut unzureichend. Die Forderungen, die im Programmentwurf zum Schutze von Mutter und Kind enthalten sind, sind das Mindestmaß. Die Frauen des wertvollen Volkes werden am schwersten von der Not betroffen, und es muß deshalb die weitgehendste Fürsorge getroffen werden. Die heutige Gesellschaftsordnung überläßt Mutter und Kind ihrem Schicksal. Es ist daher zu begrüßen, daß unser Programm Schutzmaßnahmen enthält, und wir können nur wünschen, daß unsere Forderungen allenthalben in der weitesten Öffentlichkeit propagiert werden. (Weisfall.)

Burm (Berlin): Während politische Streitfragen in der Parteipresse eingehend diskutiert werden, werden kommunale Fragen meist unter Ausschluß der größten Öffentlichkeit behandelt. Dadurch wird oft ein Wirrwarr erzeugt, der nicht erfreulich ist. Bei der Finanzfrage entstehen fortwährend Meinungsdivergenzen über die Frage,

was direkte und indirekte Steuern

sind. Bereits Kaffalle hat diese Frage musterhaft gelöst. Nicht die Form, sondern die Wirkung, die eine Steuer ausübt, ist maßgebend für die Entscheidung der Frage, ob eine Steuer als direkte oder indirekte anzusehen ist. Erbschaftsteuer und Wertzuwachssteuer werden im Budget als indirekte Steuern geführt. Entscheidend ist die Frage der Abwälzung. Es gibt direkte Steuern, die wir unbedingt ablehnen, wie z. B. die Wehrsteuer. Und es gibt andererseits indirekte Steuern, die wir unterstützen. Die Frage ist: Wer trägt in letzter Linie die Last? Stets werden die Steuern in letzter Linie auf die wirtschaftlich Schwächeren abgewälzt werden, so z. B. die Grundsteuer auf die Mieter in Gemeinden, in denen die Nachfrage nach Wohnungen das Angebot überwiegt. Auf die Gewerbesteuer paßt das Wort Kaffalles, daß eine angeblich direkte Steuer zur indirekten Steuer wird, wenn sie auf die Konsumenten abgewälzt wird. Die Gewerbesteuer kommt ganz einfach in dem Preise der Produkte zum Ausdruck. Gewiß liegt es nahe, daß arme Gemeinden, in denen große Gewerbebetriebe sich befinden, die ja zahlreiche Kosten schaffen, Neigung zur Erhebung einer hohen Gewerbesteuer zeigen. Wir haben aber auch gesehen, daß die Aufhebung städtischer Direktis zur Erhöhung der direkten Steuerlasten Minderbemittelter führt. Wir befinden uns also in einer Zwickmühle. Die Lösung ist nicht bei den Gemeinden, sondern bei der Gesetzgebung zu suchen. Die Schwierigkeit liegt darin, daß die Gemeinden weder genügende Einkommensteuereinzugsstellen noch Vermögenssteuer erheben dürfen und daß ihnen immer noch die Grundsteuer zum größten Teile vom Reich her abgezogen werden soll. Wir haben also vom Staate zu verlangen, daß die Steuerlasten so ausbaut, wie wir es in unserem Programm verlangen. Solange dies nicht der Fall ist, haben wir auf Einnahmen Bedacht zu nehmen, die die Gemeinden der Notwendigkeit überheben, die Arbeiter mit direkten Steuern zu sehr zu belasten. Die einfache Aufhebung der Gewerbesteuer würde zurzeit ein wahres Geschehen für die Unternehmern bedeuten. Wir müssen also fordern, daß vor ihrer Aufhebung ein Ersatz geschaffen wird. Es genügt daher, wenn wir sagen, die Gewerbesteuer hat so lange zu bestehen, bis ein Ersatz für sie geschaffen ist, der die Kleinen schwächer und die Großen stärker belastet, als es jetzt der Fall ist. Die Besteuerung des Grund und Bodens nach dem gemeinen Wert und eine ausreichende Vermögenssteuer sind ein solcher Ersatz. Die Umsatzsteuer ist entschieden zu bevorzugen. Sie ist eine brutale und rohe Steuer, die den verschuldeten Volk ebenso trifft wie den unverschuldeten, und außerdem durchweg abgewälzt wird. (Lebhafter Weisfall.)

Schlusswort

erhält der Referent Girsch: In der Debatte sind Bedenken und Einwände, aber nur verschwindend wenig prinzipielle Gegensätze zutage getreten. Eine nochmalige Ueberweisung an die Kommission halte ich deshalb für überflüssig. Wir haben sonst nach 2 Jahren wieder dieselben Debatten hier. Viel andres wird doch nicht dabei herauskommen. Die noch fröhlichen Fragen können wir durch Abstimmung und redaktionelle Änderungen erledigen. Die Frage der Ueberschüsse dürfte namentlich durch die Ausführungen Singers im Sinne der Kommission entschieden sein. Dringend möchte ich warnen, daß wir uns für die Gewerbesteuer programmatisch festlegen, deren Abschaffung doch sogar die heftigste Regierung fordert. Ich gebe dem Genossen Leinert und andern Rednern zu, daß manche kleine Gemeinden zurzeit auf die Gewerbesteuer angewiesen sind. Wir wollen ja aber auch nicht die Gewerbesteuer ohne Ersatz abschaffen. Den kleinen Gemeinden, in welchen große Aktiengesellschaften hohe Gewerbesteuern zahlen, wollen wir gern entgegenkommen. Wenn wir vorschlagen, die Gewerbetreibenden von der Gewerbesteuer zu befreien, die den Ertrag ihres Gewerbebetriebs durch eigene Arbeit verdienen, so verstehen wir darunter natürlich auch den kleinen Handwerksmann. Daß Leute sich durch eigene Arbeit Millionen verdienen, glaube ich nicht, bevor uns ein solches Exemplar auf den Tisch des Hauses niedergelegt wird. (Heiterkeit.)

Bei der Wertzuwachssteuer kommt es darauf an, daß ein genügend hoher Teil des unverschuldeten Wertzuwachses in die Gemeindefasse geht und nicht auf die Frage, ob sie eine direkte oder indirekte Steuer ist. Ueber die Umsatzsteuer muß eine Entscheidung durch Abstimmung herbeigeführt werden. Die Berliner Genossen sind gegen, unsere Vertreter in den Berliner Nachbargemeinden für die Umsatzsteuer, und bisher sind weder die einen noch die anderen des Vorstoßes gegen ein Parteiprinzip beschuldigt worden. Einen Passus über die Anleihen in das Programm aufzunehmen, halte ich für überflüssig. Die Erweiterung des Zwangsenteignungsrechts bleibt so lange bedenklich, als wir plutokratische Gemeindevertretungen haben. Die Gemeinden haben aber auch ohnedies genügend Mittel und Wege, um Grundbesitz zu erwerben. Dringend bitte ich, den Antrag auf Streichung des Passus über die Bekämpfung der Mietskasernen abzulehnen. Wollen Sie dem Schlafstellenwesen ein Ende machen, wollen Sie den Proletarierfrauen die Möglichkeit geben, ihre Kinder gesund großzuziehen, so sorgen Sie für Beseitigung der Mietskasernen. Die Frage der Baugenossenschaften liegt in den einzelnen Provinzen so verschieden, daß wir am besten tun, uns völlig neutral zu halten. Die Bedeutung der Baugenossenschaften für die Arbeiter darf auf keinenfalls überschätzt werden. Singer hat einmal ausgeführt, daß Leute, die in ihren eignen Häusern sitzen, für eine Lohnbewegung schwer zu haben sind. (Sehr richtig!) Was die Schulbildung betrifft, so halte ich es für richtiger, zunächst

nur die Speisung ungenügend ernährter Schulkinder zu verlangen. Trotz der sehr begreiflichen Bedenken, die erhoben worden sind, möchte ich doch dringend bitten, an der Forderung der freien Arztwahl in der Armenpflege festzuhalten. Die Befürchtungen gegenüber der Generalvormundschaft kann ich nicht teilen. In Charlottenburg hat sich dieselbe zum Beispiel gut bewährt. Der Vorwurf, daß wir die Verhältnisse des flachen Landes nicht genügend berücksichtigt haben, ist nicht berechtigt. In der Kommission haben auch Vertreter von Landgemeinden gesessen, darunter eine Gemeinde mit sozialdemokratischer Mehrheit. Ganz gewiß liegen die Verhältnisse an den verschiedenen Orten verschieden. Aber unsere Vertreter werden doch als denkende Männer wissen, daß sie das Programm nicht buchstäblich, sondern stammgemäß anzuwenden haben. Ich bitte um Annahme des Programmtextes. Ich bin überzeugt, daß wir uns damit eine brauchbare Waffe schaffen, und daß auch die Genossen, die jetzt so eifrig eine nochmalige Kommissionsberatung befürworten, bald sagen werden, der Parteitag von 1910 hat uns ein gutes Programm geschaffen. (Lebhafter Weisfall.)

Der Antrag auf Zurückverweisung des Programmtextes an die Kommission wird abgelehnt, dagegen der Antrag Schulz (Bart) angenommen, die Forderung von Schulz nicht an die Gemeinden, sondern an den Staat zu stellen. Im übrigen wird der Programmtext unter Ablehnung aller Abänderungsanträge mit einigen redaktionellen Änderungen gegen wenige Stimmen angenommen. Angenommen wird ferner der Antrag, einen Kommentar zu dem Programm herauszugeben.

Damit die Verhandlung des nächsten Punktes der Tagesordnung, Wahlrechtsfrage, am Nachmittag begonnen werden kann, wird auf Antrag Singer zunächst der von Klüh (Magdeburg) gestellte Antrag 26 zur Beratung gestellt. Der Antrag lautet:

In Anbetracht der Tatsache, daß die Reaktion in Reich und Staat ihre Hauptstütze im preussischen Junkertum findet, und dies einen wesentlichen Teil seiner politischen und wirtschaftlichen Kraft aus der künstlichen Niederhaltung der Lebenslage der Arbeiter durch den Massenkonsum von Schnaps zieht: erneuert und bekräftigt der Parteitag der preussischen Sozialdemokratie den Beschluß des Leipziger Parteitags, der die Arbeiterschaft auffordert, aus politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen den Genuß von Branntwein zu meiden.

Zur Begründung erhält das Wort

Klüh (Magdeburg):

Sie haben zwar die Anträge Kagenstein und Neumann abgelehnt, welche die Bekämpfung des Alkoholismus durch die Gemeinde forderten. Darin war aber wohl nicht eine Abneigung gegen die Bekämpfung des Sufels enthalten, wie wir sie in Leipzig beschlossen haben, unter jubelnder Zustimmung des ganzen Parteitags und der gesamten Partei. Wenn wir den Antrag erneuert haben, wenn wir wünschen, daß der Leipziger Beschluß hier erneuert und bekräftigt wird, so ist dieser Antrag aus dem Umstand geboren, daß nach dem Leipziger Parteitag in einigen Parteiblättern und auch von geringerer Bedeutung in der „Volkszeit“ eine Ansicht über den Inhalt des Beschlusses geäußert hat, der einer Plausmacherei gleichkommt. Mehring hat zwar später geäußert, er sei mißverstanden worden, obwohl er sich sonst gar nicht mißverständlich ausdrückt. Gegen eine Ansicht, als ob der Leipziger Beschluß nur eine formale Beschlussfassung sei, hinter der nicht der ernste Wille der Partei steht, wollen wir uns wenden, indem wir die nächste Gelegenheit ergreifen, den Beschluß zu ergänzen und zu bekräftigen. Wir wissen, daß wir Parteigenossen haben, die wirtschaftlich an dem Umsatz und Genuß geistiger Getränke interessiert sind. Wir wollen ihnen das nicht verbieten. Aber wir wollen doch auch die Arbeiterschaft auffordern, gegen die Junker zu kämpfen, die einen Teil ihrer wirtschaftlichen Macht aus der künstlichen Niederhaltung der Lebenslage der Arbeiter durch den Massenkonsum von Schnaps ziehen. Gerade in Preußen müssen wir die junkerliche Reaktion bekämpfen, und diese Bekämpfung muß als besondere Aufgabe der sozialistischen Arbeiterschaft gefordert werden. Der Leipziger Beschluß hat verschiedene Auslegungen erfahren. Der Parteivorstand hat eine allgemeine Auslegung gegeben, daß Ausschüßanträge wegen Vorstoßes gegen diesen Beschluß nicht gestellt werden dürfen und daß eine Spitzerei und Schnufferei wegen der Enthaltung des Alkohols nicht eintreten soll. Damit sind wir uns damit waren auch wohl die Antragsteller von Leipzig einverstanden. Daraus darf nicht gefolgert werden, daß es nun erlaubt ist, in dem Kampfe gegen den Junkerfussel zu erlahmen. Um solche irrtümliche Auffassung zu bekämpfen, empfehle ich dringend im Interesse des Ansehens der Partei, im Interesse der moralischen Wirksamkeit unserer Beschlüsse, den Antrag anzunehmen und den Vorstoßbeschlüsse zu erneuern. (Bravo!)

Kaufant (Berlin): In Leipzig waren wir alle mit dem Beschlüssen einverstanden, aber die Abnehmer haben durch ihre Auslegung Junk und Streit in die Partei gebracht. Wir müssen uns verhalten, daß verdiente Genossen als unabweislich bezeichnet werden, wenn sie einmal Schnaps trinken. Es steht auch nicht in dem Beschluß drin, daß herausgehoben werden soll, wer „demonstrativ“ einen Schnaps trinkt. Wir wollen kein Demonstrationentum großhücheln, und so erkläre ich mich dagegen, daß der Antrag in dem Sinne angenommen wird, wie er begründet wurde.

Faech (Landsberg): Ich bin für Annahme des Antrags, warne aber davor, in dem Vorstoß zu weit zu gehen. Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter können zurzeit den Alkohol gar nicht entbehren. (Widerpruch.) Beschließen wir wie in Leipzig einfach, in d g l i c h e Einschränkung des Alkoholgenußes, über dessen schädigende Wirkungen wir ja einig sind.

Frau Zieh (Berlin, Parteivorstandsmitglied): Ausdrücklich ist im Vorstoßbeschlusse und in der Deklaration des Parteivorstandes zum Beschluß festgelegt worden, daß es sich um einen politischen Effekt handelt. Die wirtschaftlichen, hygienischen und moralischen Nebenwirkungen sind natürlich erwünscht. Wenn wir aber den politischen Endzweck im Auge behalten, so kann es gar nicht dazu kommen, daß Gebärdenphäre, Geschichtsträgerei und Jant in unsern Reihen Platz greift. (Sehr richtig!) Wir haben gar keine Ursache, pessimistisch über die Wirkungen des Schnapsbottens zu urteilen. Aus allen Gelegenheiten wird berichtet, daß er ganz außerordentlich wirksam gewesen ist. (Sehr wahr!) Und dort am wirksamsten, wo man nicht zur Schnuffelei übergegangen ist und nicht Leute, die einmal die Schnapschen trinken, als Parteigenossen zweiter Klasse hinstellt. Wo man aber die Sache im Interesse der Abstimmungsbewegung ausgenutzt hat, da ist gerade der Widerpruch am besten gewesen. Ich bitte also dringend, für die Durchführung

des Reichstages in dem Sinne wirksam zu sein, wie er...
Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen.

Als nächstes (Magdeburg) erklärt sich mit der von Frau Bieh...
Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagspause

Partei (Altona) beantragt im Namen der Mandats-...
Es folgt als nächster Punkt der Tagesordnung

Die Wahlrechtsfrage in Preußen.

Mit zur Diskussion stehen die Anträge Breslau, Berlin 6...
Die Resolution des Referenten lautet:

Bei Wiedereröffnung des preussischen Dreiklassenparlaments...
Die Entschlossenheit, den Wahlrechtskampf mit äußerster...
Die bürgerliche Presse hat bereits unwiderprochen versichert...

Die bürgerliche Presse hat bereits unwiderprochen versichert...
Jedenfalls aber darf von preussischer Seite nicht rechtzeitig darauf...
Angeht es den dem ganzen preussischen Volk mit Ausnahme...
Preußen die Vormacht im Deutschen Reich, hat die Pflicht...

Preußen die Vormacht im Deutschen Reich, hat die Pflicht...
Die Sozialdemokratie Preußens erklärt, daß die Schande und...
Die preussische Sozialdemokratie wird mit allen ihr zu Gebote...
Um einen solchen Wahlrechtskampf nicht nur in Preußen...

Um einen solchen Wahlrechtskampf nicht nur in Preußen...
Singer: Einem mehrfach geäußerten Wunsch gemäß ist...
Die Anforderung ergangen sich bei diesem Punkte der Tagesordnung...

Die Anforderung ergangen sich bei diesem Punkte der Tagesordnung...
Die Anforderung ergangen sich bei diesem Punkte der Tagesordnung...
Die Anforderung ergangen sich bei diesem Punkte der Tagesordnung...

Die Anforderung ergangen sich bei diesem Punkte der Tagesordnung...
Die Anforderung ergangen sich bei diesem Punkte der Tagesordnung...
Die Anforderung ergangen sich bei diesem Punkte der Tagesordnung...

Die Anforderung ergangen sich bei diesem Punkte der Tagesordnung...
Die Anforderung ergangen sich bei diesem Punkte der Tagesordnung...
Die Anforderung ergangen sich bei diesem Punkte der Tagesordnung...

Die Anforderung ergangen sich bei diesem Punkte der Tagesordnung...
Die Anforderung ergangen sich bei diesem Punkte der Tagesordnung...
Die Anforderung ergangen sich bei diesem Punkte der Tagesordnung...

Die Anforderung ergangen sich bei diesem Punkte der Tagesordnung...
Die Anforderung ergangen sich bei diesem Punkte der Tagesordnung...
Die Anforderung ergangen sich bei diesem Punkte der Tagesordnung...

genommen. Auch in Mannheim und Karlsruhe wurden Streikunmütige...
Der Reichstag wird in dem Kampfe nicht...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...

Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...

Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...

Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...

Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...

Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...

Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...

Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...

Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...

Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...

Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...

Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...
Die preussische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfgenosse...

etwas dunkel, aber so viel geht daraus hervor, daß der Philosoph...
In einer bedeutungsvollen Thronrede die Einführung des allgemeinen...
Die Stellung der Parteien.

Die Stellung der Parteien.
Ueber die Stellung der beiden konservativen Fraktionen sind keine...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...

Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...

Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...

Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...

Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...

Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...

Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...

Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...

Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...

Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...

Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...
Ganz richtig kennzeichnet Bernstein das per se Charakteristik des Zentrums...

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 4.

Magdeburg, Donnerstag den 6. Januar 1910.

21. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

Altenplathow, 5. Januar. (Eine seltsame Verichtigung) geht uns auf eine Notiz in Nummer 302 zu. Sie lautet: „Die unter Altenplathow vom 28. Dezember eingelegte Notiz beruht auf Irrtum, da mit: „Du Vengel, hol mir mal das Taschentuch her!“ nicht ein erwachsener Mann von 21 Jahren, sondern ein 5 Jahre alter Junge gemeint war.“

Selbst wenn wirklich nur ein Kind gemeint war, finden wir die Anrede „Du Vengel“, von einem gebildeten Mann angewendet, noch lange nicht passend.

Afcherleben, 5. Januar. (Obermeister Arndt) in der Maschinenbauanstalt ist der Nachfolger eines Mannes, dem die „Volksstimme“ bei seinem Weggang einen Nachruf widmen mußte, in dem Arndt lesen konnte, wie man es als Meister nicht machen muß. Und das hat das wenig genügt, denn Arndt übertrifft seinen Vorgänger noch in allerlei unberechtigten Forderungen an die Arbeiter. Zunächst verlangte er von den Lehrlingen, daß sie jede Woche mit neuem sauberen Kleidungs erscheinen. Diese Forderung würde dann auf sämtliche Arbeiter im mechanischen Betrieb ausgedehnt. Man würde ihr auch gern nachkommen, aber bei den Erwerbsverhältnissen in dem Betriebe ist das einfach unmöglich. Unverständlich ist es deshalb, wenn Arndt die Lehrlinge und Arbeiter mit Sch... tituliert, sobald sie der Aufforderung nicht nachkommen, denn böser Wille liegt nicht vor. Es dürfte sich deshalb empfehlen, daß Obermeister Arndt für entsprechende Verdienste Sorge trägt. Davon ist aber keine Rede. Er zögert noch für das Gegenteil und droht bei den geringsten Anlässen mit Hausverweisung. Offensichtlich wird die Konjunktur in nicht allzu ferner Zeit besser. Obermeister Arndt dürfte dann ein solches Vorgehen schwerlich läden können, falls er eingearbeitete Leute in dem Betriebe erhalten will. Auch dem Meister Stein wäre hier manches zu sagen. Das soll aber gegebenenfalls später geschehen.

Groß-Salze, 5. Januar. (Fürsorge- und Auskunftsstelle.) Der Magistrat macht bekannt, daß er im Rathaus auf dem Polizeibureau eine Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenkranke und eine Auskunftsstelle für Säuglingspflege eingerichtet hat. Zweck der Stellen soll sein: Der Ausbreitung der Tuberkulose vorzubeugen und die Säuglingssterblichkeit zu bekämpfen. Die Lungenkranke werden unentgeltlich untersucht, über die erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose unterrichtet und nach den Umständen in Fürsorge genommen. Ueber die Säuglingssterblichkeit werden die Mütter und diejenigen Personen, denen die erste Pflege der Wöchnerinnen und Säuglinge anvertraut ist, belehrt werden. Dr. med. Friede, Dammstraße 4, ist Leiter der Fürsorgestelle zur Bekämpfung der Tuberkulose und Leiterin der Fürsorgestelle zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ist Fräulein Elisabeth Brüning, Gemeindefürsorge, Edelmannstraße 17a. Der Magistrat wünscht nun, daß alle Kranken und Hilfesuchenden jedes Standes von der Wohlfahrtsvereinigung Gebrauch machen. Eine Behandlung der Hilfesuchenden findet aber in der Fürsorgestelle nicht statt, das überläßt der Magistrat den Privat-, Kasinen- oder Armenärzten. Die Sprechstunden finden vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 7 Uhr statt. Diese Wohlfahrtsvereinigung ist nicht von der Hand zu weisen, nur ist der Magistrat darin zu engherzig. Es ist in der „Volksstimme“ schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die guten Absichten bei Einrichtung solcher Stellen nicht bekannt werden, daß aber zur energischen Bekämpfung der Lunge ganz andre, tiefer greifende Maßnahmen nötig sind.

Halberstadt, 5. Januar. (Sitzung der Stadtverordneten vom 4. Januar.) Vorsitzender, Stellvertreter, Schriftführer und Protokollführer wurden wiedergewählt. Für die auscheidenden Mitglieder einer Anzahl Kommissionen wurden bis auf einige Ausnahmen die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. Der Magistrat verlangt die Errichtung einer Aufseherstelle für die Straßenreinigung. Als Gehalt des Aufsehers, der nicht als Beamter angestellt wird, sollen 1600 Mark steigend bis 2300 Mark festgesetzt werden. Bisher wurde die Aufsicht von einem pensionierten Beamten ausgeübt, der für seine Leistungen jährlich 720 Mark erhielt. Die Vorlage verlangt ferner, daß die Straßen-

reinigung, die bis jetzt der Polizeibehörde unterstellt ist, der Bauverwaltung übertragen wird, damit würden verschiedene Mängel verschwinden, die sich bei der jetzigen Einteilung ergeben haben. Außer dem Stadtoberordneten Kothke wendet sich auch der Genosse Gerlach gegen die Anstellung des Beamten, den er für überflüssig erachtet, solange die Stadt die Straßenreinigung nicht in eigene Regie übernimmt. Er empfiehlt eine bessere Organisation der Straßenreinigung und die Anstellung leistungsfähiger Arbeitskräfte, dann würden auch die Klagen über die mangelhafte Reinigung verstummen. Auf jeden Fall sollte aber die Übernahme der Straßenreinigung in städtische Regie so bald als möglich erfolgen. Auf die Ausführungen Gerlachs erwidert der Oberbürgermeister Dr. Gerhardt, daß es sich nicht um einen Beamten handelt. Ferner werde durch die Anstellung des Aufsehers die Übernahme der Straßenreinigung durch die Stadt in keiner Weise gehindert. Die Vorlage wird schließlich in der beantragten Form angenommen. Für eine zweite Polizeirevierwache sollen in der Köhlinger Straße Räume gemietet werden, für die jährlich 450 Mark Miete erforderlich sind. Durch die Polizeireviere wird die Entlastung des Meldemanns, das sich in engen, unzureichenden Räumen befindet, erfolgen.

(Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Böckh) hat am vergangenen Sonntag im „Stadtspark“ in einem Vortrag über „Leben und Arbeit im Parlament“ nach den Berichten der bürgerlichen Zeitungen folgende für die preussischen Verhältnisse bezeichnende Ausführungen gemacht:

Indessen kann kein Abgeordneter seinen Wählern in bezug auf Eisenbahnbauten feste Versprechungen machen. Das können höchstens einige angefehene Führer der großen Parteien, die man seitens der Regierung gern bei guter Laune erhalten will. Aber im allgemeinen ist der Einfluß der einzelnen Abgeordneten nur gering.

Danach hängt die Förderung des Verkehrs durch Erbauung von neuen Eisenbahnlinien von der Bereitwilligkeit der Regierung gegen die angehenden Führer der großen Parteien ab. Die Erblichkeit des Dreiklassenwahlrechts, durch das ein Parlament zusammengesetzt wird, in dem veraltete Zustände möglich sind, kann nicht deutlicher gezeigt werden, als es der Landtagsabgeordnete Böckh in seiner bekannten Offenherzigkeit getan hat. Begreiflicherweise hat der Redner von der Arbeit seiner Partei, die sie zur Abänderung des Landtagswahlrechts aufwendet, nicht ein Wort gesagt. Offenbar ist es für die Nationalliberalen vorteilhafter, so wenig wie möglich davon zu reden. Für sie könnte ohne Zweifel auf ewige Zeiten das Wahlrecht in Preußen das Blümlein Nährmichthun bleiben.

(Mehrere junge Burjchen) verletzten am Montagabend auf dem Johannesbrunnen den Schreiber Sch. mit einem Messer und Schlagring erhebliche. Im dieselbe Zeit gerieten bei der Post etliche Schulknaben in Streit, wobei der eine Knabe seinen Gegner mit einem Messer am Weine verletzte.

Afcherleben, 5. Januar. (Der Soziale Volkskalender) wurde in den letzten Tagen wieder am Orte verbreitet. Dieser Aufgabe scheint sich ganz besonders der Evangelische Junglings- und Männerverein gewidmet zu haben, an seiner Spitze Schneidermeister Tangemann. Der Inhalt handelt von der bürgerlichen Reichsverbandslage. Uns kann diese Art Agitation nur zum Vorteil gereichen.

(Die Zuckerraffinerie Webe u. Sohn, G. m. b. H.) beendete ihre Kampagne am Freitag der vergangenen Woche. Durch die eingetretenen erheblichen Betriebsstörungen hat die Verarbeitung der Rüben mindestens 4 Wochen länger gedauert als in andern Jahren. Man glaubte in der letzten Kampagne die Verarbeitung durch Einrichtung eines neuen Systems noch mehr zu beschleunigen. Dieses ist jedoch fehlgeschlagen. Durch Abschluß der Kampagne sind Arbeiter beschäftigungslos geworden und sie werden schwerlich jetzt wieder Arbeit bekommen.

(Die erste Stadtverordneten-Sitzung) im neuen Jahre findet am nächsten Freitagabend statt.

(Herr Rentier Hartung.) Armenvorsteher hier, glaubte vor Weihnachten Armengeldempfängern nahelegen zu müssen, auf Verwandte, die dem Konsumverein angehören, derart einzuwirken, daß diese

dem Verein den Rücken kehren sollten. Der Herr Vorsteher ließ sogar durchblicken, daß andernfalls das Armengeld verweigert würde, denn die Konsumvereine tragen zu den Kosten der Gemeinde nicht bei. Herr Hartung hat zu solchen Entgegnungen gar keine Ursache, denn einmal zahlen die Konsumvereine und ihre Angehörigen auch Steuern und die nicht zu wenig und ist es unzulässig, ein solches Amt mit der Konsumvereinsverwaltung zu verquiden. Bei der Etatsberatung wird die Sache zur Sprache gebracht werden. Solche Vorlesungen sind aber auch geeignet, den Eifer der Genossen anzuregen, und das wird uns bei den Erwerbungen in den nächsten Wochen sehr nützlich werden.

Schönebeck, 5. Januar. (Die Anmeldung der Militärvollständigen) zur Stammrolle hat in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar in den Vormittagsstunden in dem Stadtsekretariat, Zimmer 19, zu geschehen.

(Eine doppelte Absage) hat die „Schönebecker Zeitung“ erhalten. Sie hatte einen Antrag an die Gemeindevertreter in Frohse und in Kelgeleben gerichtet, worin sie um Zulassung ihres Berichterstatters ersucht. Der kommissarische Bürgermeister für Frohse, Schaumburg, soll nun in seiner Antwort an die „Schönebecker Zeitung“ behaupten, daß er außerstande sei, dem Antrag um Zulassung als Berichterstatter zu den Gemeindevertreter-Sitzungen Folge zu geben. Nach § 119 der Landgemeinde-Ordnung fände bei den Sitzungen der Gemeindevertreter eine beschränkte Öffentlichkeit statt. Als Zuhörer würden nur zugelassen alle männlichen großjährigen Personen, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und Gemeindeglieder sind. In Kelgeleben fiel der Ausdruck: „Man wüßte keinen Fremden unter sich.“ Auch werden die Sitzungen nicht öffentlich in den Zeitungen bekanntgemacht, und so bleiben sie „geheim“.

Staßfurt, 5. Januar. (Stadtverordneten-Sitzung.) Als Vorsitzender wurde der bisherige Stellvertreter, Herr Direktor Brühl, mit 15 Stimmen gewählt, Herr Dr. Bennede erhielt 8 Stimmen. Als Stellvertreter wurde Herr Rechtsanwalt Heße mit 19 Stimmen gewählt, während Herr Dr. Bennede 4 und Herr Dr. Geiß 1 Stimme erhielten. Als Schriftführer wurde Herr Obersekretär Jaak mit allen Stimmen wiedergewählt, Herr Mehnert als Stellvertreter mit 23 Stimmen. In Stelle des verstorbenen Stadtrats Grähler wurde Herr Bauernmeister Gruppe mit 13 Stimmen gewählt. Das Präsidium für die kaufmännische Fortbildungsschule wird debattelos dahin abgeändert, daß der Schulzwang auch auf das weibliche kaufmännische Personal ausgedehnt und eine Freizeitschule (Schularrest) bis 6 Stunden Dauer eingeführt wird. Zur Herstellung von Promenadenwegen im aufgelassenen Friedhof am Hospital werden Mittel bis zu 1000 Mark bewilligt. Bei offener Witterung soll mit den Arbeiten begonnen werden. Der Herr Bürgermeister behauptet dabei, daß die Anlieger in der Gütener Straße noch keine Anträge auf Abtretung eines angrenzenden Stückchens vom Friedhofsterrain gestellt haben, um ihre Grundstücke so zu vergrößern, daß sie bei Neubauten den baupolizeilichen Anforderungen genügen. — Nach Erledigung der Tagesordnung wurde noch in eine Besprechung der Wasserfrage eingetreten, zu der Herr Stadtbaumeister Walkhoff hinzugezogen wurde. Man unterhielt sich namentlich über die Frage, woher es komme, daß an manchen Stellen das Wasser immer gut sei, während es an andern Stellen sehr stark schwankt, das müsse doch wohl an der Reinigung und Spülung liegen. Herr Walkhoff wies nach, daß diese Verhältnisse durch das Wasser von der Beschaffenheit der Stromkräfte und Stromrichtung herrühre. Dadurch, daß infolge von Reparaturen und dergleichen der Strom mitunter anders als gewöhnlich geleitet werden müsse, ergebe sich für das Wasser die Möglichkeit, ausgedehntes Eisen mit sich zu führen und so Röhren und gelbe Färbung anzunehmen. Herr Walkhoff vertrat den Standpunkt, daß in unserem Wasser Eisen und viel Kohlensäure enthalten sei. Entziehe man schon an der Quelle dem Wasser einen gewissen Teil der Kohlensäure, so verliere der Rest die Fähigkeit, mit dem Eisen eine Verbindung einzugehen, die die Eisenpilze, die Inkrustation der Röhren und im weiteren die jegliche Beschaffenheit des Wassers hervorbringe. (Andere Sachverständige sind bekanntlich auch noch anderer Meinung. D. B.) Er empfehle daher, zunächst eine Probe-Entfärbung an der Quelle vorzu-

Moderne Sklavinnen.

Ein Theater-Roman von Ludwig Bendler.

(47. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Sei Dir dessen bewußt, Kind,“ hatte die Lehrerin oft zu Lucie gesagt, „daß jede Tänzerin von vornherein als eine Gefallene gilt, der mit strengen Anträgen zu nahen, sich jeder Mann für berechtigt hält, die von der Gesellschaft nicht viel anders als eine Dirne im Werte geschätzt wird. Hiermit, mit dieser traurigen Tatsache mußt Du Dich abfinden und sie von dem Gesichtspunkt aus betrachten, daß auch, leider, der größere Teil Deiner Berufsgenossinnen nichts dazu beibringt, den bösen Reumund, dessen unser Stand sich schämen muß, hinfällig zu machen. Wohl Dir, solltest Du Dich zu einer der Auserlesenen erziehen können, die trotz der Tänzerin eine achtbare Dame bleiben. Die Geschichte unserer Kunst weiß von derartigen Beispielen. Salte Dich an sie und bedenke, mit welcher Art von Männern untreue, gleich in erster Linie zu rechnen hat. Rückhaltlose, gewiß auch oft von aufrichtiger Liebe diktierte Hingebungen, gelohnt durch Untreue, Verrat, nicht selten sogar mit Verachtung und Hohn, werden für ein Mädchen Deines Schlages, Deiner Lebensanschauung zu einer Quell, unjagbaren Glanz. Güte Dich davor.“

Und Lucie Marzani hatte sich gehütet. Zu steter Aufrechterhaltung, jederzeit schlagfertig in Worten und Gebärden, war es ihr gelungen, Frechlingen immer die Wege zu weisen, die sie zu gehen hatten, ihr Herz aber blieb dem einen bewahrt, an den sie es einst verloren, von dem sie jenen einfachen, schmalen goldenen Reif mit dem anspruchsvollen Opal am Finger trug, und der ihr beim Abschied ein trugemeintes „Auf Wiedersehen übers Jahr“ auf die sehnenenden Lippen gedrückt hatte.

Er war ein Seemann gewesen in Hamburg, von wo aus er die Reise übers Weltmeer angetreten, und seit sechs Jahren den Rückweg nicht gefunden hatte. Längst mochte das unermessliche Grab des Ozeans seine Gebeine bedecken.

„So waren Sie gewiß auch in Hamburg früher engagiert?“ fragte Lante Christine, die beanspruchte, nun auch wieder einen Ton mitreden zu dürfen.

„Gewiß,“ entgegnete Fräulein Marzani. „D, ich bin schon viel herumgekommen als Solotänzerin, bis dann die

Fürsorge meiner Lehrerin mich nach hier in meine jetzige „Würde“ als Ballettmeisterin lancierte.“

„Auch an einem Hoftheater waren Sie am Ende wohl schon?“ fuhr Lante Christine in peinlichem Verhör fort, ohne sich diesmal durch Marias mißbilligenden Blick stören zu lassen.

„An einem kleinen sowohl wie an einem großen. Da jedoch an ein meinem Streben notwendiges Avancement ohne besondere Protektion dort nicht zu denken war, so schüttelte ich allerwärts den Staub von meinen Füßen und zog weiter.“

„Protektion, Fräulein Marzani, — was bedarf es für einer Protektion, um vorwärts zu kommen? Wie macht man es überhaupt, um beim Theater —?“

„D nicht doch, Lante, Du weißt, ich sehe es nicht gern —“ judgte Maria die Fragerei der Lante zu unterbrechen, doch Fräulein Marzani beschwichtigte:

„Und warum nicht? Gern stehe ich mit Erfahrungen, die mich, allein betreffen, zu Diensten. Also Protektion —? Es gibt beim Theater zweimal zweierlei Art von Künstlern, erstens solche, die Bedeutendes leisten und solche, die Mittelmäßiges und noch weniger leisten, zweitens solche, die vorwärts kommen und solche, die steckenbleiben.“

„Wie leider meine Mächte,“ warf Lante Christine traurig dazwischen.

„Nun sollte man meinen,“ sprach die Ballettmeisterin weiter, „daß diejenigen, die Bedeutendes leisten, vorwärts kommen müßten, die andern dagegen steckenbleiben. Also oft aber ist das umgekehrt, und der Faktor, der diesen unheilvollen Querstand herbeiführt, ist die Protektion, das Geldbeste und Wertvollste, was es geben kann. Sie tritt die Kunst, der das Theater dienen soll, mit Füßen, um rein nur persönlichen Interessen, und zwar in der Regel den allerunlautersten, Vorkauf zu leisten.“

„Den allerunlautersten, freilich, davon wissen wir ein Lied zu singen.“ Bei diesen Worten bedachte sie Lante Wiejese, der gerade zu ihr aufblinzelte, mit einem ihrer Verständnis erheischenden Blicke.

„Und fragten Sie mich weiter,“ fuhr Fräulein Marzani fort, „wer übt Protektion, so müßte ich antworten: alle und keiner. Sie schwebt in der Luft, jeder weiß von ihr und achtet, woher sie schwebt, doch niemand magt es, freien

Mundes, ohne vorgehaltene Hand davon zu sprechen. Ich selbst habe mich einer solchen Protektion nie zu erfreuen gehabt, obgleich ich, wie man allgemein sagt, in meiner Kunst Gutes leiste.“

„Gewiß, Vortreffliches sogar,“ unterbrach Maria überzeugungsvoll die Sprecherin.

„Und das hat seinen Grund darin,“ erklärte die Ballettmeisterin, „daß ich um einer Karriere willen mich demselben nicht entschließen konnte, meine Person, meine Ehre, meinen Körper als Ware preiszugeben.“

„Ein fürchtbarer Gedanke!“ fiel Maria lebhaft ein.

„Mademoiselle Reanette de Bernet, die jüngst hier gastierte und für ihre Mitwirkung in der Soiree des Herrn Nebentisch zwölfhundert Mark erhielt, von der heute die Welt spricht, bildet zu uns den stärksten Gegensatz. Sie hat sich feilgeboten, einer Dirne gleich, und einen Mann gefunden, der hoch zu zahlen in der Lage ist. Sei so wunderbar wertigem Können, wie Fräulein de Bernet es bietet, Reanette domma eines Hoftheaters ersten Ranges mit dem Titel Kammerjägerin zu werden, gelingt eben nur auf Grund von Protektion. Die aber läßt es gelingen, indem sie das bessere Können, die wahre Kunst beiseite schiebt. — Das hin und wieder auch eine Dame besten Rufes und bester Sitten einen Weg macht, rechnet zu den großen Taten, die auf Erden gezogen werden.“

Durch ein Klingeln an der Wohnungstür wurde jetzt die Unterhaltung der drei Damen unterbrochen, zugleich aber auch beendet, indem Fräulein Marzani die Zeit als herangenannt erklärte, zu der sie sich in die Regieitung zwecks Feststellung der Proben des nächsten Tages zu begeben hatte.

Von Maria unterstützt, bekleidete sich die Tänzerin mit Paletot, Hut und Ueberschuh, währenddessen Lante Christine dem Einlaßbegehrenden öffnete.

Ein Bote mit einem Briefchen an Fräulein Christine Bergmann.

„Aha, von Stolzenberg.“ — Rasch öffnete die Lante und las. — Das war ja wenig nach Wunsch und zudem gegen alles Erwarten. Schnell in die Tasche mit der Nachricht und dann heiter dreingeschaut, daß niemand Wind bekam.

(Fortsetzung folgt.)

Donnerstag den 6. Januar cr., morgens 8 Uhr

beginnt unser angekündigter großer

Inventur-Räumungs-Verkauf!

Wir bringen im diesjährigen Inventur-Verkauf Posten aller Artikel zu erstaunlich billigen

Inventur-Schleuder-Preisen

zum Verkauf. Die Besichtigung unserer Schaufenster sowie der Auslagen in sämtlichen Etagen veranlassen jede Dame, Ihren Bedarf jetzt zu decken.

In allen Abteilungen sind große Extra-Posten auf Tischen ausgelegt! Sämtliche im Inventur-Verkauf befindlichen Artikel sind rein netto!

Ein kleiner Beweis unserer kolossal billigen Preise

Kleiderstoffe etc.	Wirtschaftsartikel	Emaille-Waren	Porzellan und Steingut	Baumwollwaren
Alpaka, gem. Ia. Duat. B. 3.00 jezt 1.75 Alpaka, gem. Prima Qualität, 110 cm breit Wert 3.75 jezt 2.15 Grenadine für Blusen, schw. Wert 2.75 jezt 1.95 Kostüm-Cheviot, schw. Wert 4.00 jezt 1.75 Mohrfarbstoffe, gem. reine Wolle Wert 2.25 jezt 90 Kostüm-Cheviot, mod. Streifen, schwere, reinvoll. Duat., 110 cm breit, i. all. Farb. Wert 2.75 jezt 1.95 Kostümstoff, mel. m. schm. Streif., Ia. reinvoll. Ware Wert 4.00 jezt 2.75 Kleider-Alpaka, nur in marine, Prima Seidenglanz-Ware, glatt und gemustert Wert 3.00 jezt 1.75 Kleider-Alpaka, einz. Reifstüde, in versch. Farb., 110 cm breit Wert bis 2.75 jezt 1.25 Damenstich, Prima reinvoll. Ware, m. hoch. Seidenglanz, alle Farben Wert bis 4.50 jezt 3.00 Koch-Bliese Stoffe, gr. Reifstoffen, zweifarb., schwere reinvoll. Ware Wert bis 3.00 jezt 1.00 Blusenflanell, darunter reinvoll. Luchäden, in reicher Auswahl Wert bis 2.25 jezt 1.25 Kinder-Strümpfen u. Blusenstoffe doppelt. Wert bis 2.10 jezt 90 Weiße Wasch-Alpakas, hübsche Muster, gut waschbar Wert bis 1.50 jezt 90 78 68	Gewürzschränke jezt 1.25 85 48 38 Sandtuchhalter mit Brett jezt 1.25 65 48 Brot- und Wurstkästen jezt 45 38 30 Fahrbänke, dunkel und hell, jezt 75 48 Kohlenplatten jezt 2.75 1.85 Spiritusplatten jezt 8.50 6.85 Reibemaschinen, fein und grob, jezt 2.45 1.65 95 Wirtschaftswagen jezt 2.45 1.85 Kaffe- und Zuckerbüchsen mit Konsole, lackiert, 2- u. 3teilig, jezt 90 Kaffeemühlen mit gutem Mahlwerk jezt 1.25 95 Kohlenkästen, Kullform mit Deckel jezt 2.85 1.85 Kohlenschlämmer, schwarz, jezt 1.25 95 Wärmflaschen jezt 1.65 1.25 Ehrtisch, Martinflügel, jezt 15 10 8 Ehrtische jezt Paar 50 30 20 Fleischhackmaschinen Wert 6.85 jezt 4.50 Fahrbänke jezt 45 38 28 Garderoben-Regale mit 3, 4, 5 und 6 Fächer jezt 80 65 45 35 Kleiderbügel mit und ohne Steg jezt 8 7 3 Käseglöden, Pressglas, mit Zeller jezt 42 35 Butterdosen, Pressglas, mit Deckel jezt 35 28 25 Glaskeller, gepreßt, sortierte Muster jezt 12 8 5	Schmortöpfe, hohe Form 28 26 24 22 20 18 16 14 cm grau 1.60 1.35 1.15 95 80 65 50 38 neublau 1.70 1.45 1.25 1.05 85 70 55 42 Wasserkessel Inhalt 6 4 1/2 3 1/2 2 1/2 1 1/2 l grau 1.85 1.65 1.45 1.25 95 neublau 1.90 1.70 1.55 1.35 1.00 Milchtöcher, grau und neublau Inhalt 2 1/2 1 1/2 1 l 1.35 1.10 95 Maschinentöpfe, gerade Form Zub. 2 1 3/4 1 1/2 1 1/4 1 3/4 1/2 l grau 70 60 55 45 35 33 28 neublau 75 70 60 50 45 38 35 u. weiß Milchtöpfe, gerade Form, mit Fülle Zub. 2 1 3/4 1 1/2 1 1/4 1 3/4 1/2 l grau 75 65 58 38 40 35 30 neublau 80 75 65 58 50 45 40 Kartoffeldämpfer, grau und neublau Zub. 7 5 4 3 1 jezt 2.75 2.25 1.55 1.35	Speiseteller, tief und flach, echt Porzellan jezt 20 Saucieren, weiß, echt Porzellan jezt 85 65 Kaffeelassen, weiß, tonische Form, Inhalt 1 1/4 Liter jezt 95 Salatieren, rund, echt Porzellan, mit kleinen Fehlern jezt 30 25 Beilageschalen, echt Porzellan, mit kleinen Fehlern jezt 25 10 Tassen, weiß, echt Porzellan, mit Untertasse, kleine Fehler jezt 10 Salatieren, weiß, Steingut, Saß 6 Stück jezt 95 Salatieren, blau Zwiebel, Saß 6 Stück jezt 1.25 Salatieren, rot, grün und blau Fond, Saß 4 Stück jezt 48 Speiseteller, gerippt, tief u. flach, Steingut jezt 9 Speiseteller, blau Zwiebel, tief und flach jezt 12 Waschservice, 4- und 5teilig, bunt decoriert jezt 5.75 4.75 3.75 1.75	Sandtücher, weiß Dreil Wert 5.25 jezt Dgd. 3.90 Sandtücher, Prima Jacquard Wert 5.80 jezt Dgd. 4.50 Dowlas-Betttücher, großer Posten 200 cm lang jezt 90 Bettbezug, aus weißgestreiftem Satin Wert 5.25 jezt 4.25 Bettkattun, Kretonne und Satin Augusta, nur waschichte Qualitäten Meter jezt 55 48 38 33 u. 28 Bettzügen, kariert, Prima Qualität Meter jezt 48 38 30 Ein Posten farbige Gedecke für 12 Personen, in Prima Feinleinen-Damast und Halbleinen-Jacquard jezt bis 24.00 sonst 12.00 jezt 14.75 Ein Reifposten Leinen-Taschentücher mit Hohlbaum 1/2 Dgd. sonst 3.25 jezt 2.00 Ein Posten weiße Tücher mit bunter Karze und Monogramm 1/2 Dgd. i. Kart. sonst 1.85 jezt 1.00 Ein Posten Taschentücher, einzeln, auch mit Buchstaben durchweg jezt 10

Ein. halbe Dutzende Handtücher
in Dreil, Gerstenkörn, Damast
im Preise enorm ermäßigt

Ein. Damast- u. Satin-Bettbezüge
welche leicht angehaubt
für jeden annehmbar. Preis

Großer Posten gemusterte Bezüge 3.25
(1 Decke und 2 Kissen) aus wasch-
echten Stoffen jezt 3.50

Ein großer Posten weiße Bezüge 4.00
aus glatten guten Stoffen, beste
Verarbeitung jezt

Teppiche Möbelstoffe Tischdecken Gardinen

Ein Posten Teppiche jezt zu halb. Preisen

3/4 ca. 130x200 cm	sonst 19.75 18.00 12.75 9.75 7.95
	jezt 11.00 10.00 7.50 7.00 4.00
1/2 ca. 165x235 cm	sonst 32.50 28.00 24.50 19.75 15.50
	jezt 24.00 15.00 12.25 10.00 8.00
1/4 ca. 200x300 cm	sonst 58.00 48.00 39.00 29.00
	jezt 39.00 36.00 25.00 20.00

In größeren Teppichen wird der Restbestand zu erstaunlich billigen Preisen abgegeben.

Tischdecken usw.

Phantasie-Tischdecken in verschiedenen Farben	jezt 1.50
Phantasie-Tischdecken in guter Qualität	sonst 5.90 jezt 3.25
	sonst 27.00 22.00 12.00 8.50
Elegante Tuchdecken	jezt 15.00 12.00 7.50 5.00
	sonst 22.00 17.00 12.00
Blüsch-Tischdecken	jezt 14.50 12.00 7.75
Einzeln Steppdecken, bis zur Hälfte des Wertes	

Gardinen, Stores usw.

Engl. Füll-Gardinen, einzelne Fenster weiß und creme	sonst 14.00 12.00 9.00 7.00 6.00 4.00 3.00
	jezt 10.00 8.50 6.75 4.50 4.00 3.00 2.00
Engl. Füll- und Erbstüll-Store, neue schöne Muster	sonst 12.75 9.50 7.75 6.25 5.50 4.75
	jezt 9.75 7.50 5.75 4.75 4.00 3.25

Tuch-, Leinenplüsch- und Leinen-Decorationen werden für jeden annehmbaren Preis verkauft.

Ein Posten Seidenband in allen Farben
2 1/2 cm br. 2 1/2 cm br. 4 cm br. 5 1/2 cm br.
jezt 4 m 90 12 m 90 3 m 90 2 m 90

Wachstuch-Netze u. -Decken
Abgepaßt Wachstuchdecke in hellfarb. jezt St. 90
Netze u. Wachstuchen, je n. Länge 1.00 70 50 h. 5

Linoleum Abgsp. Teppiche 180x225 150x200
jezt 12.00 jezt 7.50
Kette u. Säufeln 90 cm br. 67 cm br.
i. m. 1.05 i. m. 65

Ein großer Posten Strickwolle 1.45
gut gewählte Qualität, in schwarz u. farb.
solange Vorrat jezt 1/2 Pfd.

Normal-Wäsche und Wollwaren

Große Posten Herren-Normalhemden in bekannt gut. Duat. jezt 2.45 1.95 1.30 90
Große Posten Herren-Normal-Strümpfe jezt 2.45 1.75 1.45
Herren-Balsaden, solid im Tragen jezt 3.50 2.25 1.75
Herren-Jagdwesten in Reifenauswahl jezt 6.50 5.00 3.90 und 2.50
Knaben-Sweater, gestreift jezt 1.15 und 95
Herren-Sweater, gestreift jezt 2.95 2.45
Schürze Damen-Weiden, schwarz u. Reaumolle u. Halbwole jezt 3.25 2.50 1.75

Damen-Konfektion usw.

Ein großer Posten Damen-Blusen in Bolle, Belour, Schiffl usw., bis zur Hälfte des Wertes
Ein Posten Seidene Damen-Blusen, dammer Modelle jezt 37.50 30.00 20.00 jezt 20.00 19.00 12.00
Damen-Japons, richtig garniert jezt 4.85 3.75 2.85
Ein großer Posten Kostümröcke jezt 10.50 6.85 4.00 2.50 1.95
Ein Posten Damen-Weihnachtskleid aus Ia. gezeichneten Stoffen und Filz-Kollet jezt 2.25 1.75

Damen-Wäsche usw.

Damen-Taghemden, Achselschluß, mit Hohlbaum und Langette jezt 1.65
Damen-Taghemden, Achselschluß, m. Stiderei Paße und Hohlbaum jezt 1.75
Damen-Grand, Vorderanschluß, mit Spitzen garniert extra weit jezt 1.25
Damen-Grand aus gutem weißem Körper-Barchent mit Spitze jezt 1.65
Damen-Beinleid aus weiß. Körper-Barchent, mit breitem Bolant und Langette jezt 1.25
Damen-Kniebeinleid aus weißem Körper-Barchent mit breiter Stiderei jezt 1.65
Damen-Nachtjacke aus weiß. Körper-Barchent, mit Spitzen jezt 1.45
Damen-Nachtjacke aus gut. weißem Barchent mit Klapptragen und Langette jezt 1.65

Tapiserie usw.

Große Posten Kaffeedecken-Stoffe modernste Muster jezt 4.65 jezt 2.45
Ein Posten gezeichnete Herren-Westen jezt 3.00 jezt 1.50
Ein Posten angefangene Decken und Läufer jezt 3.00 jezt 1.50
Ein Posten Garnierborten für Decken und Läufer jezt Meter 10 u. 5
Ein Posten D. M. C.-Stidgarn, farbig Dode jezt 1
Ein Posten Point-lace-Bündchen 10-Meter-Stid jezt 10

Damen-Trikot-Beinkleid 90

Ein Posten Damen-Waschblusen 90

Ein Posten Spitzen-Jabots 25

Ein Posten Wirtschafts-Schürzen 48

Zu Parterre ausgelegt:
Riesenposten Spitzen, Borten, Besätze
in allen erdenklichen Wässern, Beizen und Ausfärbungen
jezt durchweg für die Hälfte!

Zu Parterre ausgelegt:
Herrenwäsche, Krawatten, Kragenschoner, Hosenträger
in jeder Ausführung.
Diese Artikel werden zu noch nie gekannten Preisen verkauft.

Raphael Wittkowski

Hamburger Engros-lager, G. m. H.